

zeile dabei war. Er ist auch heute noch dabei.

Stärker als die Photo-Montage vom Mai sind einige Indizien, die auf einen Machtkampf im Kreml vor dem Abschluß des zweiten Salt-Abkommens mit den USA hindeuteten:

- ▷ Nach dem Tod des Rüstungsministers Swerew, 64, am 17. Dezember vorigen Jahres vergingen — unüblich — sechs Wochen, bis einer seiner Stellvertreter zum Nachfolger bestellt wurde.
- ▷ Der im Partei-ZK für Rüstungsfragen zuständige Sekretär Rjabow, 52, junger Mann Kirilenkos, verlor am 17. April seinen Posten — bis heute wurde kein Nachfolger ernannt.
- ▷ Der in der Armeeführung für Salt zuständige Erste Vize-Generalstabschef Koslow, 61, wurde abkommandiert; bis heute ist nicht öffentlich bekanntgemacht worden, daß Koslow (unter Beförderung zum Armeegeneral) einen politisch einflusslosen Posten erhielt: Er leitet nun die Generalstabs-Akademie.

In Verhandlungen mit 17 US-Senatoren, die im April nach Moskau gereist waren, hatte Koslow Bedenken der Sowjet-Militärs gegen Salt erkennen lassen: Mit ihren nicht-landgebundenen Raketen und ihren strategischen Bombern blieben die USA überlegen.

Tatsächlich zwingt Salt II allein die UdSSR, ein bißchen abzurüsten — nämlich 250 ihrer Trägersysteme. Und das atomare Potential Englands wie Frankreichs bleibt ohnehin von Salt unberührt.

Seit Jahren schon fordern die sonst so verschwiegenen Sowjet-Generale öffentlich Mitbestimmung über die politischen Implikationen der Militärstrategie sowie Einfluß auf den Kurs der Wirtschaft. Gelegentlich deuteten sie auch schon ihr Ziel an: ein Rüstungs-Gleichgewicht mit *allen* Gegnern der UdSSR, nicht nur mit den USA.

„Ihre Administration hat unterschiedliche Ansichten über das Abkommen im State Department, im Pentagon und im Nationalen Sicherheitsrat“, erläuterte ZK-Funktionär Walentin Falin vorigen November vor US-Korrespondenten das Problem, Salt in Moskau durchzusetzen. „Auf unserer Seite mag das Verteidigungsministerium in der einen Richtung denken, das Außenministerium kann einen anderen Blickwinkel haben, der Verteidigungsrat einen dritten.“

Er fügte hinzu: „Die Zeit drängt.“ Das konnte heißen: Nur mit Breschnew kommt der Vertrag noch zustande.

Denn wer immer nach Breschnew kommt — er muß sich, wie Breschnew selbst bei seinem Machtantritt vor 15 Jahren, mit den Militärs gutstellen. Und die stellen, wie das Mai-Photo zeigte, die Hälfte der Moskauer Führungsriege.

„Verwesender Kadaver“

Diktator Somoza und der Bürgerkrieg in Nicaragua

Die Redakteure und Moderatoren des nicaraguanischen Funks und Fernsehens erhielten Regieanweisungen von oben:

Ab sofort sei die Verbreitung von Meldungen über Kampfhandlungen oder politische Ereignisse untersagt, ebenso die Verwendung akustischer „Spezialeffekte, die Unruhe unter der Bevölkerung auslösen könnten, wie zum Beispiel Sirenen“. Ein „ängstlicher“ Tonfall bei Ansagen sei nicht erlaubt.

Doch das war leichter gesagt als getan. Denn Grund zur Angst hatten die rund zwei Millionen Einwohner des vom Bürgerkrieg zerrissenen mittelamerikanischen Staates in den vergangenen Tagen mehr als genug.

Nicaragua mache gegenwärtig Schlimmeres durch, so verkündete vorigen Mittwoch Staatschef Anastasio Somoza Debayle der Nation, als bei dem großen Erdbeben von 1972, bei dem über 10 000 Menschen ums Leben gekommen und mehr als zwei Drittel der Hauptstadt Managua zerstört worden waren.

Wie damals standen auch vorige Woche schwarze Rauchsäulen über den brennenden Slums der Stadt, versuchten Tausende verstörter Menschen vor dem Inferno zu fliehen.

Hungernde plünderten zerstörte Läden. Ausländische Botschaften, allen voran die bundesrepublikanische und die amerikanische, evakuierten ihre Staatsbürger. In den Straßen lagen

Tote, die niemand bergen, und Verwundete, denen niemand helfen konnte.

Doch anders als 1972 suchten diesmal nicht unberechenbare Naturgewalten die geplagte kleine Republik auf der Landbrücke zwischen Nord- und Südamerika heim. Die Befehle zur Zerstörung gab vielmehr Nicaraguas Herrscher Somoza selbst. Von seinem fensterlosen, mit Sandsäcken und Panzern geschützten Hauptquartier aus, das im Volksmund nur der „Bunker“ heißt, gab Somoza vorige Woche seiner Luftwaffe Anweisung, die Armenviertel der Hauptstadt und weite Teile des Landes zu bombardieren.

Nur so glaubte der Mann, dessen Familie Nicaragua seit mehr als vier Jahrzehnten sozusagen in Erbpacht regiert, sein diktatorisches Regime vor dem Ansturm einer nationalen Widerstandsbewegung retten zu können, die vor drei Wochen zur „letzten Offensive zum Sturz Somozas“ aufgerufen hatte.

Zum zweitenmal innerhalb von neun Monaten unternahmen damit die Guerrillakämpfer der linken „Sandinistischen Befreiungsfront“*, unterstützt von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, den Versuch, die Diktatur abzuschütteln — und diesmal waren sie besser vorbereitet und besser or-

* Die 1962 gegründete Sandinistische Befreiungsfront nennt sich nach Augusto César Sandino, der gegen die amerikanische Intervention in Nicaragua von 1912 bis 1933 kämpfte und von Anastasio Somoza I., dem Vater des heutigen Präsidenten, ermordet wurde.



Nationalgardisten in Masaya: „Manchmal springen Leute mit Gewehren runter“



Guerillas in Chichigalpa: „Manchmal fallen sie tot auf den Boden“

ganisiert als im vergangenen September.

Damals wurde in sieben Provinzstädten gekämpft, die nach rund zwei Wochen — und mindestens 1500 Toten — alle wieder in der Hand von Somozas Regierungstruppen waren. In den vergangenen Tagen jedoch fanden blutige Barrikaden-Kämpfe und Straßenschlachten in zwei Dutzend Städten statt, die Rebellen kontrollierten tagelang die zweitgrößte Ortschaft des Landes, León, und legten die Hauptstadt durch einen von der Zivilbevölkerung fast hundertprozentig befolgten Generalstreik lahm.

Somoza verhängte das Kriegsrecht, stellte die Angestellten des öffentlichen Dienstes unter Waffen — zusätzlich zu den 13 000 Soldaten der Guardia Nacional eine Armee von 10 000 Mann — und gab Feuer frei auf alles, was sich bewegte.

„Wir schießen mit schweren Maschinengewehren in alle Bäume, die an ungesicherten Häuserblocks stehen“, berichtete ein Leutnant der Nationalgarde einem Reporter. „Manchmal springen Leute mit Gewehren runter und rennen weg. Manchmal fallen sie tot auf den Boden.“

Mit wachsender Besorgnis starren Nicaraguas Nachbarn in Mittel- und Südamerika — bis auf wenige Ausnahmen allesamt selbst politisch nicht besonders stabil — auf das Pulverfaß in ihrer Mitte:

Die mexikanische Regierung, die wie Costa Rica die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua abgebrochen hat, prangerte die „unbeschreiblichen Brutalitäten“ an, „die das Regime Somoza dem nicaraguanischen Volk aufzwingt“.

Die im Andenpakt zusammengeschlossenen Staaten Bolivien, Kolum-

bien, Ecuador, Venezuela und Peru kündigten militärischen Beistand für Nicaraguas demokratischen Nachbarstaat Costa Rica an, der keine eigene Armee hat und Übergriffe von Somozas Truppen fürchtet. Die Organisation Amerikanischer Staaten beschloß die Entsendung einer Untersuchungskommission in das Grenzgebiet zwischen Nicaragua und Costa Rica.

Venezuela und Ecuador schickten ihre Außenminister zu Vermittlungsversuchen nach Managua, und US-Präsident Carters Sicherheitsberater Brzezinski ließ verlauten, Washington sähe am liebsten, wenn das Volk von Nicaragua in einem Referendum selbst darüber entscheiden könne, wie es künftig regiert werden wollte.

Doch Anastasio Somoza schien von alledem bis zum vergangenen Wochenende unberührt zu bleiben. Während der diplomatische Druck wuchs, der Schlachtenlärm des Bürgerkriegs erstmals bis in Hörweite seines Bunkers drang, scherzte er auf einem Cocktailempfang mit ausländischen Journalisten: „Ihr seid doch auch nur menschliche Wesen wie ich, und wenn ihr so seid wie ich, dann seid ihr ganz schöne Scheißkerle.“ Allen Widrigkeiten zum Trotz fühlte er sich offenbar immer noch so sicher wie in Abrahams Schoß — und der Glaube an die eigene Unangreifbarkeit hatte viele Gründe.

„Alles, was wir besitzen, verdanken wir nur dem Präsidenten, in allem sind wir nur ihm hörig“ — so erklärte der zum Widerstand übergewechselte Ex-Oberst der Nationalgarde, Bernardino Larios, die erstaunliche Loyalität seiner früheren Kameraden dem Regime gegenüber. Somoza „kontrolliert unser gesamtes Leben bis in die kleinsten Details. Wie ein strenger Vater belohnt



Ingenieurleistungen der Antike im mediterranen Raum



**VDI-Kreuzfahrt
22. Oktober bis
09. November 1979
mit der
MS Dalmacia**

Eine Kreuzfahrt, die ohne Hetze durch kulturhistorische Häfen des Mittelmeeres führt und Ihnen Gelegenheit gibt, etwas abseits der normalen Touristenrouten, technische Überlegungen und Lösungen der Ingenieure und Baumeister der Antike nachzuvollziehen.

Unser Schiff „MS DALMACIA“ (5600 BRT) verfügt über 311 Betten, wird aber nur mit 260 Passagieren belegt, damit Ihnen die Annehmlichkeiten eines modernen Kreuzfahrtschiffes ohne Enge zur Verfügung stehen.

Eine Kreuzfahrt des VDI-Reisebüros in Verbindung mit Hapag-Lloyd.

Preis: ab DM 1.390,-
Genua-Venedig

VDI-Verlag GmbH · Reisebüro
Postfach 11 39 · 4000 Düsseldorf 1
Telefon 02 11/62 14-1

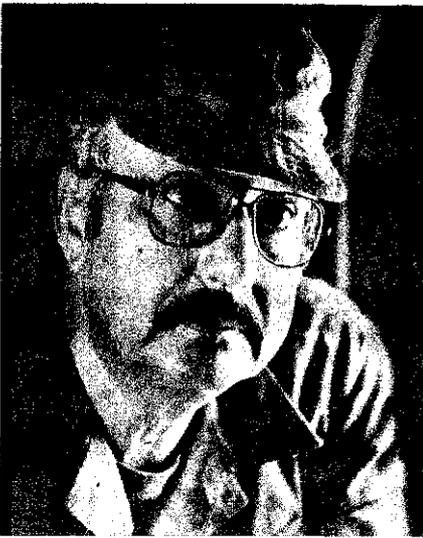
VDI-REISESCHECK

Ich interessiere mich für die
VDI-Kreuzfahrt mit MS DALMACIA
und bitte um Reiseunterlagen

Name

Straße

PLZ Ort



Diktator Somoza
„Wie ein strenger Vater ...“

oder bestraft er uns. Alle Offiziere haben Angst vor ihm.“

Die Nationalgarde, so auch Oberst Guillermo Mendieta, der wegen eines Protestschreibens entlassen wurde, werde sich nie gegen Somoza stellen, weil der es verstanden habe, die Armee „in eine Lage ohne Alternative“ zu bringen und „mitverantwortlich zu machen für alles, was in Nicaragua geschieht“.

Einem Mafia-Boß nicht unähnlich, wußte Somoza, wie vor ihm sein Vater und sein Bruder, stets seine Untergebenen geschickt zu manipulieren und gegeneinander auszuspielen. „Er weiß alles über alle“, erläuterte ein Politiker der bürgerlichen „Breiten Oppositionsfront“ (FAO). „Er weiß genau, wem er einmal eine Gunst erwiesen hat, und so hält er alle in seinem Bann.“

Niemand konnte in der Nationalgarde oder sonstwo aufsteigen, wenn die Somozas es nicht wollten. Wenn ein Offizier einen Reisepaß brauchte, einen steuerfreien Mercedes kaufen (Generalvertretung: Familie Somoza) oder ein preisgünstiges Haus für Armee-Angehörige beziehen wollte — immer hatte der Präsident selbst das letzte Wort.

Provinzkommandeure wurden bei Laune gehalten, indem sie den Bauern frei erfundene Geldstrafen auferlegen und sich bei Zahlungsunfähigkeit deren Land aneignen durften. In den Städten entwickelte sich vor allem die „Inmigración“, das Paßamt, zum einträglichen Posten für die jeweils verantwortlichen Offiziere, in deren Taschen die Paßgebühren flossen.

Wie einträglich der Dienst in Somozas Nationalgarde — die Polizei- und Armeefunktionen zugleich wahrnimmt — sein kann, zeigte sich, als unlängst das Vermögen des vor einem Jahr von Sandinistas umgebrachten Generals Reynaldo Pérez Vega bekannt wurde: Sechs Millionen Dollar hatte er während seiner Dienstzeit angehäuft, ob-

wohl er, wie die meisten Nationalgardisten, nicht aus einer reichen Familie stammte.

Die allgegenwärtige Korruption ist jedoch nur das sichtbarste Symptom einer Herrschaft, die für den ins panamaische Exil geflohenen Arzt und Neuropsychiater Dr. José Paso Marcicq klar psychopathische Züge hat: „Die Entwicklung der Familie Somoza in den letzten drei Generationen“, so der Arzt, der die Somozas aus seiner langjährigen Tätigkeit im Armeekrankenhaus von Managua gut kennt, „hat



... belohnt oder bestraft er“: Plünderer in Managua

zu einer ständigen Einengung ihres Weltbildes geführt. Der heutige Präsident lebt in einer völlig irrealen Welt.“

Der Aufstieg einer Familie aus bescheidenen Verhältnissen, die sich mit brutaler Gewalt in eine elitäre, in sich geschlossene Oberschicht hinaufarbeitete, hatte die Weichen dafür gestellt:

Nur durch die — unstandesgemäße — Heirat mit einer Tochter aus vornehmerem Haus, einer Debayle, gelang dem Vater des jetzigen Präsidenten der Sprung in die Politik. Ihr Onkel, damals Präsident, machte ihn zum stellvertretenden Außenminister. In der US-Botschaft ging der Aufsteiger bald ein und aus, die Frau des Botschafters gar wurde bald zu seiner Geliebten.

Doch Nicaraguas High Society verzieh den Einbruch in ihre geschlossene Gesellschaft nicht. Niemals wurde ein Somoza eingeladen, Mitglied des „Terraza“-Klubs, Treffpunkt der in der konservativen Partei organisierten traditionellen Oligarchie, zu werden. Als der gegenwärtige Präsident noch Student an der US-Militärakademie West Point war, wurde er einmal sogar zusammen mit Kameraden, die er mit

nach Managua gebracht hatte, aus dem „Terraza“ hinausgeworfen.

Auch das Bürgertum, die Industrie- und Handelsleute der Liberalen Partei, verweigerten dem „Emporkömmling“ den Zutritt zu ihrem „Country Club“. So wuchs der heutige Diktator nur unter den Ja-Sagern des Regimes — und unter Amerikanern — auf.

Bis heute hegt er tiefen Groll gegen diese Oberschicht, die ihn noch immer als „neureich“ abqualifiziert, obgleich er doch inzwischen ein geschätztes Vermögen von 600 Millionen Dollar und einen Landsitz von 23 Prozent der gesamten Nutzfläche Nicaraguas vorweisen kann.

Bis heute auch behielt er seine Vorliebe für alles Amerikanische. „Somoza ist eigentlich selbst ein Gringo“, meint Pater Migual d'Escoto, einziger Ausländer des Maryknoll-Ordens in New York und einer der zwölf bekannten Persönlichkeiten Nicaraguas, die als „Gruppe der Zwölf“ an der Seite der Sandinistischen Befreiungsfront in der Opposition stehen. „Somoza ißt und spricht lieber amerikanisch. Nicaragua ist eigentlich nur sein Landgut.“

Die amerikanischen Freunde, die Somoza während seiner Ausbildungszeit in West Point fand, gehören, so d'Escoto, „zu den reaktionärsten Kreisen“ und begründeten seinen „eingefleischten Antikommunismus“. Daß eine Opposition nicht aus Moskau kommt, kann sich Somoza einfach nicht vorstellen.

Daher sein unbeugsamer Widerstand: Die kleinen Leute, das „einfache Volk“ nämlich, so versicherte er wieder und wieder, habe seinen Vater und auch ihn selbst stets geliebt und werde auch seinen Sohn Anastasio I. lieben.

Der hat längst, wie ein echter Capo der Mafia, die Nachfolge vorbereitet — an der Infanterie-Grundschule, der „EEBI“ in Managua, zog er sich eine eigene Privatarmee heran. Nach dem Ausbruch der Kämpfe zu Beginn des Monats soll er für seinen Vater zu den alten Freunden in den USA gereist sein und um Hilfe nachgesucht haben.

Beschwörend warnte Sergio Ramírez, Sprecher der Gruppe der Zwölf, Somozas einstige Schutzmacht: „Die USA können den Kadaver der Diktatur festhalten, bis er in ihren Armen verwest ... Aber es wird für die nord-

amerikanische Regierung leichter und weniger beschämend sein. Somoza seinem Schicksal zu überlassen.“ Nicaraguas Schicksal, so wurde in den vergangenen Tagen deutlich, steht und fällt mit diesem einen Mann.

„Die Offensive der Sandinisten“, so der Luftwaffenpilot Lara Cruz, der sich vorige Woche mitsamt Flugzeug nach Costa Rica absetzte, weil er die Bombardierbefehle des Präsidenten nicht ausführen wollte, „wird so lange nicht erfolgreich sein, wie Somoza nicht tot ist.“

EUROPAWAHLEN

Druck nach unten

Die Sozialisten waren die großen Verlierer der Europawahlen. Statt mit einer komfortablen Parlamentsmehrheit ziehen sie mit einer in sich zerstrittenen Fraktion in das neue Parlament.

Kopf an Kopf hatten Willy Brandt und Helmut Schmidt wochenlang von den Plakatwänden für ihr neues „Europa der Arbeitnehmer“ gelächelt.

Am vergangenen Dienstag, als sie in Bonn die SPD-Fraktion um sich scharten, war ihnen das Lachen vergangen. Da saßen keine Sieger, die Verlierer der Europawahlen hielten Scherbenegericht, und Fraktionschef Herbert Wehner mahnte: „Wir müssen das Ergebnis sehr, sehr ernst nehmen.“

Das Ergebnis: Die SPD sackte von 42,6 Prozent der Stimmen bei der letzten Bundestagswahl im Jahre 1976 ab — auf gerade noch 40,8 Prozent.

Für Zuchtmeister Wehner ist der innere Zustand der Partei schuld daran. Es sei nicht mal gelungen, die eigenen Parteimitglieder zu mobilisieren. Viele Orts- und Kreisverbände seien wenig einsatzfreudig gewesen, sogar Bundestagsabgeordnete hätten es am guten Willen fehlen lassen. Wehner: „Das muß Konsequenzen haben.“

Unterstützt von Willy Brandt, der trotz angeschlagener Gesundheit 45 Einsätze absolviert hatte, zog Wehner vor allem über die Wahlkampforganisation her: Sie sei derart mies, daß auch der Wahlsieg bei den Bundestagswahlen 1980 in Frage stehe.

„Die SPD muß eingestehen“, ergänzte vorige Woche der SPD-nahe „Parlamentarisch-Politische Pressedienst“ (PPP), „daß ihr traditioneller organisatorischer Vorsprung kaum noch existiert, und jedes zweite SPD-Mitglied ist eine Karteileiche.“

Die Mängel sind da — und trotzdem lag es diesmal nicht so sehr am Versagen der Organisation, daß sich die Wähler kaum mobilisieren ließen. Es lag wohl auch an der Sache, die nur schwer zu verkaufen war: dem angeblich überragenden „Europagedanken“.



Sozialisten Brandt, Mitterrand, Melina Mercouri*: Klassenkämpferische Parolen

Die Folge: Unentschlossene SPD-Wähler konnten nicht „an Europa herangeführt werden“ — sie blieben vielmehr zu Hause, bestätigt Bruno Friedrich, Europa-Beauftragter der SPD und Hauptverantwortlicher für das Debakel. In einigen SPD-Hochburgen rutschte die Wahlbeteiligung sogar um 30 Prozent unter die der letzten Bundestagswahl.

Daß der sozialistische Wählerwille gerade dann wegschlafte, wenn es um Europas Zukunft geht, mußten die Sozis in fast ganz EG-Europa erfahren: Außer in Italien konnten Sozialisten und Sozialdemokraten — gemessen am jeweils letzten nationalen Wahlgang — nicht mal den alten Stand halten. Zwar stellen sie mit 111 Mandaten die stärkste Fraktion im neuen Europaparlament, doch Europas Bürger-Parteien verfügen über eine komfortable Mehrheit von fast 60 Prozent der 410 Sitze.

Der Rückschlag für die Linke kam für die meisten europäischen Sozialisten unerwartet. Sie hatten offenbar zu sehr einer geheimgehaltenen Meinungsumfrage der Brüsseler EG-Kommission vom vorigen Oktober vertraut. Nach jenem „Euro-Barometer“ konnte man davon ausgehen, daß 47,5 Prozent der bundesdeutschen Wähler, fast 40 Prozent der französischen, rund 21 Prozent der italienischen und knapp 40 Prozent der britischen Wähler sozialistisch stimmen würden.

Folgerung: Zusammen mit den starken kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich und Abgeordneten radikaler Gruppen hätte die europäische Linke im EG-Parlament die Mehrheit.

„Europa wird sozialistisch sein oder gar nicht“, tonte Frankreichs Sozialistenchef François Mitterrand. Sechssprachig verkündeten Wahlplakate der

kleinen Sozialistischen Partei Italiens (PSI): „Wenn du sozialistisch sprichst, dann versteht man dich in Europa.“ In Turin beglückwünschten sich Parteichef Bettino Craxi und Gastredner Willy Brandt zur neuen Ära des „Euro-socialismo“.

Auch auf dem SPD-Europatag im Dezember 1978 wurden große Töne über den „demokratischen Sozialismus“ Europas angeschlagen, die Demokratisierung der Wirtschaft, das Verbot der Aussperrung und die 35-Stunden-Woche gefordert, als ob solche Beschlüsse europäisch durchzusetzen seien und in die Kompetenz des EG-Parlaments fielen.

Zudem sollten die Gewerkschaftsvorsitzenden Heinz Oskar Vetter und Eugen Loderer als EG-Kandidaten das blaß gewordene Image der Arbeiterpartei wiederauffrischen.

Prompt konterten die CDU-Strategen, bei der SPD sei „die Gefahr von Volksfrontbündnissen unüberschaubar“ — was für deutsche Ohren schrecklich, in Frankreich und Italien hingegen so unangenehm nicht tönt. Die klassenkämpferischen SPD-Parolen machten denn auch eher bei den linken Wählern in den romanischen Nachbarländern Eindruck.

Gerade bei den traditionell supranational auftretenden Arbeiterparteien der „Sozialistischen Internationale“ sind die nationalen Unterschiede weit größer als bei den übrigen Parteigruppierungen.

So stützt sich die englische Labour Party vorwiegend auf Wähler der jungen Generation und aus der Unterschicht in den Industriezentren, während die italienische PSI vermehrt von jungen Bürgerlichen aus gehobeneren

* Am 25. Mai 1979 auf dem Europafest der Sozialisten in Paris.